



**Newsletter \*\*\* Newsletter \*\*\* Newsletter**  
**Ausgabe: 05+06/ 2011**

— **Aus dem Inhalt:**

- Haushalt
- Euro
- PID
- Humboldtforum und Denkmalschutz
- Sommergespräche 2011

\*\*\*\*\*

— **Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag**

\*\*\*\*\*

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nun beginnt im Bundestag die plenarfreie Zeit, für mich bedeutet das aber: Zeit für meine Sommergespräche 2011, bei denen ich im Wahlkreis unterwegs bin. Ob es in diesem Jahr ein „Sommerloch“ geben wird, scheint fraglich. Die Diskussion über den Euro, den Eurorettungsschirm wird sicherlich auch in den nächsten Wochen weitergehen. Und – nicht vergessen: wir wählen in Berlin am 18. September 2011!

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer und vielleicht treffen wir uns ja bei einem meiner Sommergespräche!

Ihre

Petra Merkel

---

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ [petra.merkel@bundestag.de](mailto:petra.merkel@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro**

Goethestr. 15 • 10625 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

[www.petra-merkel.de](http://www.petra-merkel.de)

\*\*\*\*\*

## Aus der Fraktion

\*\*\*\*\*

### Haushalt 2012

Am 6. Juli 2011 verabschiedete das Kabinett den Haushaltsentwurf 2012. Direkt im Anschluss informierte uns Bundesfinanzminister Schäuble im Haushaltsausschuss über die Eckwerte.

Der Haushaltsentwurf der Regierung zeigt, dass von dem groß angekündigten Zukunftsplan aus dem letzten Jahr nichts übrig geblieben ist. Nur bei den Kürzungen im Sozialbereich bleibt Schwarz-Gelb bei ihrer Linie. Ansonsten werden, statt die Neuverschuldung mittels des Aufschwungs schneller zu senken, die Mehreinnahmen für zusätzliche Ausgaben über die Ministerien verteilt. Der Bundesfinanzminister lässt es zu, dass diese Mittel als Kitt für den Zusammenhalt der ehemaligen Wunschkoalition genutzt werden.

Auch erneute großspurige Versprechungen von Steuersenkungen lässt Finanzminister Schäuble zu. Dabei weiß er genau, dass konjunkturbedingte Steuernehmeinnahmen nach der neuen Schuldenregel in die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gehen müssen. Es wird weder dargelegt mit welchen Einsparbemühungen die Ankündigungen unterlegt sind, noch in welcher Größenordnung und für welche Bevölkerungsgruppe die Steuersenkung kommen soll. Das alles ist ein sehr durchsichtiges politisches Manöver und man darf sich fragen, wen die Kanzlerin damit eigentlich noch erreichen will. Die Bevölkerung jedenfalls ist wesentlich vernünftiger und lehnt Steuersenkungen auf Pump ab.

Mehr zum Haushalt finden Sie hier auf der Seite des Finanzministeriums:

[http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_4314/DE/Wirtschaft\\_\\_und\\_\\_Verwaltung/Finanz\\_\\_und\\_\\_Wirtschaftspolitik/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt\\_\\_2012/node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_4314/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt__2012/node.html?__nnn=true)

### Euro / Schuldenkrise

Sie verfolgen es sicherlich auch jeden Tag in den Nachrichten – diese Thema wird uns sicherlich auch noch den ganzen Sommer und länger beschäftigen.

Im Moment laufen die Vorbereitungen für den Europagipfel. Wir im Haushaltsausschuss sind in ständiger Bereitschaft. Über Telefonkonferenzen werden wir über die aktuellen finanzrelevanten Entscheidungen informiert. Auch Ausschusssondersitzungen sind denkbar, jetzt in der plenarfreien Zeit, wenn wir dort Entscheidungen für das Parlament treffen müssen und Einvernehmen mit uns hergestellt werden müsste.

Derzeit – Sie wissen es – ist jedoch alles sehr zögerlich – genauer: die Haltung und Handlungen der Bundeskanzlerin sind sehr zögerlich.

Nach dem gestrigen Treffen (am Mittwoch, den 20.07.11) zwischen Angela Merkel und dem französischen Präsidenten scheint es eine Übereinkunft und eine gemeinsame Linie zu geben. Das, was lange schon von den europäischen Ländern angemahnt und gefordert wurde, dass Deutschland und Frankreich Verantwortung und die Führung übernehmen sollen, scheint durch französischen Druck und den Druck der Öffentlichkeit nun auch zu geschehen. Allerdings habe ich den Eindruck die Bundeskanzlerin muss wirklich angeschoben werden. Nun nimmt der Druck zu und sie muss handeln, mit ihrem üblichen Aussitzen kommt sie nicht mehr weiter im Moment. Die SPD hat, in einer Pressekonferenz mit Gabriel, Steinbrück und Steinmeier, der Kanzlerin ihre Unterstützung und Hilfe angeboten. Das ist eine gute Aktion, damit machen wir deutlich, dass wir Verantwortung übernehmen, dass wir Vorschläge haben und das wir handlungsfähig sind. An dieser Aktion wird die Bundeskanzlerin nicht einfach vorbeikommen, es war schon ein deutliches und starkes Signal:

Hier finden Sie den Brief von Gabriel und Steinmeier:

[http://www.spd.de/aktuelles/News/15254/20110718\\_europa\\_krise\\_schulden\\_griechenland.html](http://www.spd.de/aktuelles/News/15254/20110718_europa_krise_schulden_griechenland.html)

## Präimplantationsdiagnostik (PID) regeln

Ein Thema, das Viele bewegte, das zu emotionalen Reden führte und über das ich mir auch viele Gedanken machte, stand in der letzten Woche auch auf der Tagesordnung des Bundestages. Am 7. Juli haben wir dann nach einer mehrstündigen Debatte über die drei Gruppenentwürfe zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik abgestimmt. Angenommen wurde der von den Abgeordneten Ulrike Flach (FDP), Peter Hintze (CDU/CSU), Dr. Carola Reimann (SPD), Dr. Petra Sitte (Die Linke), Jerzy Montag (Bündnis 90/Die Grünen) und anderen initiierten Gesetzentwurf (17/5451). 326 Abgeordnete stimmten für die Vorlage, 260 lehnten sie ab. Es gab acht Enthaltungen. Alle drei Gesetzentwürfe wurden von fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppen vorgelegt. Ziel ist eine gesetzliche Regelung für den künftigen Umgang mit den umstrittenen Gentests an künstlich erzeugten Embryonen.

Nach dem Flach-Entwurf wird die Präimplantationsdiagnostik (PID) eingeschränkt erlaubt. Die PID soll an zugelassenen Zentren solchen Paaren ermöglicht werden, die die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder bei denen mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Die Bundesregierung soll Anzahl und Zulassungsvoraussetzungen der PID-Zentren regeln. Grundvoraussetzung für die PID ist die sorgfältige Diagnostik bei beiden Partnern nach strengen Kriterien sowie die Vornahme des Eingriffs in lizenzierten Zentren. Vorherige Aufklärung und Beratung sowie das positive Votum einer interdisziplinär zusammengesetzten Ethik-Kommission sind dabei verpflichtend.

Das Kernargument der Antragsteller ist der Schutz von Frauen und Paaren vor schweren körperlichen und seelischen Belastungen im Hinblick auf die Schwangerschaft sowie die Vermeidung von Spätabbrüchen. Zudem sollen an die PID die gleichen Maßstäbe angelegt werden, wie an die Pränataldiagnostik, die den Schwangerschaftsabbruch bei festgestellten schweren genetischen Schäden erlaubt.

Präimplantationsdiagnostik (PID) bezeichnet die genetische Untersuchung von befruchteten Eizellen aus künstlicher Befruchtung vor der Übertragung in die Gebärmutter. Dabei werden von mehreren Eizellen diejenigen ausgewählt, bei denen bestimmte Dispositionen für Erbkrankheiten oder chromosomale Veränderungen ausgeschlossen werden können. Bisher war die PID durch das Embryonenschutzgesetz verboten. Der Bundesgerichtshof urteilte am 6. Juli 2010 jedoch, dass das Gesetz kein grundsätzliches Verbot umfasst und damit gesetzlicher Regelungsbedarf besteht.

Die Plenardebatten finden Sie hier:

<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17120.pdf>

Den Gesetzentwurf hier:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/054/1705451.pdf>

## Humboldtforum

Im Haushaltsausschuss haben wir in der letzten Sitzung vor der sitzungsfreien Zeit, am 6. Juli 2011, die Mittel für das Bau des Humboldtforums gebilligt. Festgelegt haben wir eine Kostenobergrenze von 590 Millionen €, davon 487 Millionen € Bundesanteil, – Historische Fassade und Kuppel sollen durch Spenden finanziert werden. Diese Entscheidung finde ich nicht sehr klug – eine Bau ohne die historische Kuppel ist unvollständig. Ich bin zuversichtlich, dass hier vielleicht noch Spielräume möglich sind, so dass diese Kuppelversion direkt gebaut werden kann.

Wichtig ist jedoch zunächst, dass nach einigem Hin- und Her (so die Verschiebung des Baus durch Schwarz-Gelb im Rahmen des „Sparpaketes“) endlich eine deutliche Entscheidung getroffen wurde und ein Zeitplan steht.

Übrigens wurde am 29. Juni die Humboldtbox eröffnet, ich kann nur sagen, der Besuch lohnt sich. Hoffentlich wird nun bald die Diskussion über den Bau beendet, und statt dessen die Begeisterung für diese großartige Projekt wachsen und der Blick auf die Inhalte gelenkt werden.

Mehr zu Box hier: <http://www.humboldt-box.com/>

## Jüdischer Friedhof erhält zusätzliche Mittel

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner letzten Sitzung [am Mittwoch, den 6. Juli 2011] die Gelder des 15 Millionen Sonderprogramms Denkmalschutz für das laufende Jahr freigegeben.

Ich freue mich darüber, dass der Jüdische Friedhof Weißensee auch berücksichtigt wurde. Aufgrund meiner Initiative erhält auch der Friedhof 100.000 Euro aus dem Programm. Damit können schmiedeeiserne Gitter und Tore restauriert werden.

Darüber hinaus erhält der Friedhof aus einem anderen Topf, dem Denkmalschutzprogramm des BKM, 200.000 Euro. Ich bin sehr froh, dass der Bund sich weiter für den Friedhof engagiert.

Das Sonderprogramm knüpft an das Sonderprogramm Denkmalschutz aus dem Jahre 2007. Damals wurden mit 40 Millionen insgesamt dringende Substanzsicherungs- und Restaurierungsarbeiten an Baudenkmalern gefördert, die das nationale kulturelle Erbe prägen.

## **Alle Kinder in das Bildungspaket einbeziehen**

Rund 40.000 der ärmsten Kinder in Deutschland sind zur Zeit vom Bildungs- und Teilhabepaket ausgeschlossen. Kinder von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die noch keine vier Jahre bei uns leben, haben keinen gesetzlichen Anspruch - und dies, obwohl sie wie alle anderen Kinder auch die Schule besuchen. Dies ist ungerecht. Das wollen wir mit unserer parlamentarischen Initiative (Drs. 17/6455) ändern. Wir haben die sozialdemokratisch regierten Länder an unserer Seite, die diese Forderung im Bundesrat unterstützen.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die noch keine vier Jahre in Deutschland leben und unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, sind auf freiwillige Ausnahmeregelungen der jeweiligen Behörden angewiesen. Einige Länder gewähren das Bildungs- und Teilhabepaket, andere nicht. Wir wollen, dass alle Kinder - egal ob Flüchtlinge oder nicht - dieselben Chancen erhalten. Die Gewährung des Bildungspakets ist hierfür ein wichtiger Schritt.

Flüchtlingskinder müssen im Vergleich zu deutschen Kindern mit deutlich geringeren Regelleistungen auskommen - je nach Alter bis zu 40 Prozent weniger - und erhalten dann noch nicht einmal die Unterstützung für Bildung und Teilhabe. Gerade sie sind am stärksten darauf angewiesen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich daher für eine Gleichbehandlung und einen Rechtsanspruch aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen - auch von Asylbewerbern - auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets ein. Flüchtlingsfamilien dürfen nicht zu Bittstellern gemacht werden. Diese Ungleichbehandlung ist auch mit der UN-Kinderrechtskonvention nicht vereinbar.

Ministerin von der Leyen bewirbt das Bildungspaket vollmundig mit dem Motto „Mitmachen - Möglich machen!“, schließt aber gleichzeitig rund 40.000 Flüchtlingskinder vom „Mitmachen“ aus und will dies bislang auch nicht korrigieren. Das ist eine soziale Ungerechtigkeit, die wir nicht hinnehmen.

## **Erfolgsmodell Städtebauförderung erhalten**

Die Städtebauförderung leistet seit 40 Jahren einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Entwicklung der Städte und Gemeinden. Sie besteht aus verschiedenen Einzelprogrammen und hat sich als anpassungsfähiges, problemorientiertes Instrument der Stadtpolitik erwiesen. Der Erhalt historischer Stadtkerne, die Belebung von Innenstädten sowie die Aufwertung sozialer Brennpunkte sind sichtbare Wirkungen der Städtebauförderung. Daneben stößt sie in hohem Maße Investitionen an und refinanziert sich so nahezu allein über Steuereinnahmen.

Durch die Kürzungen der Mittel in 2010 und 2011 werden diese Erfolge aufs Spiel gesetzt. Die Weiterentwicklung von Städten und Kommunen gerät ins Stocken, regionale Ungleichheiten werden verschärft. Wir fordern gemeinsam mit den Grünen in unserem Antrag (Drs. 17/6444) deshalb von der Bundesregierung, dem tatsächlichen Förderbedarf von 700 Millionen Euro Rechenschaft zu tragen und diesen Betrag im Bundeshaushalt 2012 für die Städtebauförderung bereit zu stellen.

Die Kommunen und Städte müssen neuen Herausforderungen – wirtschaftlicher Strukturwandel, demografischer Wandel, soziale Spaltung sowie Umweltbelastung und Klimawandel – frühzeitig und nachhaltig begegnen können. Die Städtebauförderung muss im Rahmen der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ als Aufgabe des Bundes gemeinsam mit den Ländern fortgeführt und verlässlich finanziert werden, um Ländern, Kommunen und Projektbeteiligten Planungssicherheit für mittel- und langfristige Projekte zu geben.

Wenn die Bundesregierung die Städtebauförderung noch weiter kürzt, tut sie dies gegen jeden ökonomischen Sachverstand. Mit der weiteren Kürzungsrunde 2012 untergräbt Minister Ramsauer vollends das Vertrauen nicht nur der Kommunen, sondern auch privater Investoren, die sich bisher in sozialen Brennpunkten und Stadtumbaugebieten engagiert haben. Wir fordern von der Bundesregierung, die Kürzungen der Städtebauförderung komplett zurückzunehmen. Wir wollen eine Aufstockung der Städtebauförderungsmittel auf das ursprünglich für 2010 geplante Niveau von 610 Millionen Euro und 105 Millionen Euro für die Soziale Stadt.

Ich bin bei diesem Thema im engen Kontakt mit unserer Berliner Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, die die Sprecherin der Bauminister der SPD-geführten Länder, ist.

## **Lobbyismus transparent machen**

Die Vertretung gesellschaftlicher Interessen gegenüber Politik, Verwaltung und allgemeiner Öffentlichkeit gehört zu den Wesensmerkmalen eines demokratischen Staatswesens. Seit jeher sind Interessenvertreter unterschiedlichster Art in verschiedenen Formen an demokratischen Willensbildungsprozessen beteiligt. Im Idealfall finden widerstreitende Interessen im politischen Prozess ihren Ausgleich. Zunehmend verstärkt sich jedoch das Unbehagen der Öffentlichkeit

gegenüber dem Einfluss von Interessenvertretern auf die Politik. Der Begriff „Lobbyismus“ ist in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend negativ besetzt. Dies schadet dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die parlamentarische Demokratie und stellt letzten Endes deren Legitimität in Frage.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Antrag (Drs. 17/6442) vorgelegt, in dem sie die Bundesregierung auffordert, Transparenz für Lobbyismus in der Bundespolitik zu schaffen. Zentrale Maßnahme muss dafür ein öffentliches Lobbyistenregister sein. Der Begriff der Interessenvertretung muss dazu eindeutig definiert werden. Wer Interessenvertreter ist, bestimmt sich nach der Zielsetzung der Auftraggeber sowie anhand klarer Schwellenwerte für zeitlichen und finanziellen Kontakt mit Bundestagsabgeordneten und Behörden. Im Register müssen persönliche Daten der Vertreterinnen und Vertreter sowie die Daten ihrer Auftraggeber aufgelistet werden. Wer gegen die Registrierungspflicht vorsätzlich oder fahrlässig verstößt, soll mit Sanktionen belegt werden. In einem Verhaltenskodex sollen Grundregeln zur Ausübung ihrer Aufgaben in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Offenheit, Transparenz, Ehrlichkeit und Integrität niedergeschrieben werden. Der Kodex kann auf freiwilliger Basis unterzeichnet werden. Er wird jedoch hinsichtlich seiner Geltungskraft verbindlich anerkannt.

## **Diätenerhöhung und Parteifinanzen**

Der gemeinsame Gesetzentwurf von CDU/CSU, SPD und FDP und Grüne (Drs. 17/6291) zur schrittweisen Anhebung der Abgeordnetenentschädigungen von derzeit 7.668 Euro bis zum 1. Januar 2014 schrittweise auf 8.255 Euro, wurde am 7. Juli beschlossen. Außerdem soll die Obergrenze der Parteienfinanzierung in zwei Schritten in 2011 und 2012 um jeweils 8,9 Millionen Euro auf dann 150,8 Millionen Euro steigen. Im Durchschnitt würden die Diäten von 2010 bis 2014 jährlich um 1,5 Prozent steigen. Des Weiteren soll eine unabhängige Kommission bis Ende des Jahres Verfahren für künftige Anpassungen von Diäten und Altersvorsorge empfehlen.

Die Diäten oder wie es im Grundgesetz heißt die „Entschädigung“ der Abgeordneten sind eine demokratische Errungenschaft. Abgeordnete sind Inhaber eines öffentlichen Amtes. Die Ausübung dieses Amtes soll allen ermöglicht werden - unabhängig vom eigenen Geldbeutel. Niemand sollte in die Politik gehen, nur um Geld zu verdienen. Es darf aber auch nicht sein, dass nur diejenigen in die Politik gehen, die es sich finanziell leisten können. Wir brauchen daher eine angemessene Abgeordnetenentschädigung. Was angemessen ist, ist in der Öffentlichkeit ein kontrovers diskutiertes Thema. Was ist angemessen für Abgeordnete, die die Auslandseinsätze deutscher Soldaten zu beschließen (Afghanistan) oder abzulehnen haben (Irak)? Was ist angemessen für Abgeordnete, die zwischen Staatsverschuldung und Haushaltskonsolidierung zu entscheiden haben?

Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts schreiben vor, dass die Höhe der Entschädigung durch Gesetz festgelegt werden muss. Der Bundestag und damit die Abgeordneten selbst müssen entscheiden. Selbst über die Höhe des einem zustehenden Geldes zu entscheiden, ist nicht einfach. Nicht zuletzt deshalb hat es in den letzten 10 Jahren 5

Nullrunden gegeben. Auch im internationalen Vergleich sind die deutschen Diäten moderat: Gemessen an der Zahl der Einwohner, die ein Abgeordneter vertritt, liegen die Diäten auch nach der Erhöhung im unteren Drittel in Europa. Insgesamt machen die Diäten übrigens nach dieser Erhöhung einen Betrag von 0,75 Euro pro Einwohner und Jahr aus.

\*\*\*\*\*

## Dies und das

\*\*\*\*\*

### FvO Pflege – Patientenverfügung

Am 4. Juli 2011 habe ich – gemeinsam mit meiner Kollegin Dr. Eva Högl - eingeladen zur Diskussionsveranstaltung Fraktion vor Ort zum Thema „**Vorsorgeregungen treffen: Patientenverfügung und Generalvollmacht**“ bei der wir Ulla Schmidt, MdB zu Gast hatten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat erreicht, dass Patientenverfügungen endlich rechtlich verbindlich sind. Im Juni 2009 hat der Deutsche Bundestag den (mit Ausnahme von CDU/CSU) fraktionsübergreifend unterstützten Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts beschlossen. Wir haben in dem Gesetz klar gestellt, dass jede Patientenverfügung so umzusetzen ist, wie es dem Willen des Betroffenen entspricht.

Aber was bedeutet das konkret? Wer handelt, wenn ich nicht mehr handeln kann? Wie muss eine Patientenverfügung verfasst sein und was wird mit einer Generalvollmacht geregelt? Diese und andere Fragen beantworteten Ulla Schmidt, ehemalige Bundesgesundheitsministerin und Florian Dörstelmann, Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin und Rechtsanwalt.

Das dieses Thema viele von uns bewegt, belegt die überaus gute Resonanz: Weit über 100 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren angemeldet und hatten Gelegenheit, „ihre“ Fragen zu stellen. Eins ist allen Gästen klar geworden: Es ist unerlässlich, sich beizeiten und am besten gemeinsam mit vertrauten Menschen und/oder dem Hausarzt/-ärztin mit dem Thema auseinander zu setzen und eine Patientenverfügung und/oder einer Generalvollmacht zu hinterlegen. Hilfestellung gibt es u. a. auch beim Bundesministerium für Justiz – hier können alle Formulare eingesehen bzw. auch bestellt werden.

Links zu den Dokumenten vom Ministerium

[http://www.bmj.de/DE/Buerger/gesellschaft/Patientenverfuegung/\\_doc/Patientenverfuegung\\_doc.html](http://www.bmj.de/DE/Buerger/gesellschaft/Patientenverfuegung/_doc/Patientenverfuegung_doc.html)

Derzeit arbeiten wir in der SPD-Bundestagsfraktion an einem Konzept zur Reform der Pflegeversicherung „Für eine umfassende Pflegereform: Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken“. Vor Ort werden wir Veranstaltungen dazu durchführen und auch ich werde mit Fachleuten aus meinem Wahlkreis zusammenkommen, um ihre Meinung und Sachverstand zu unseren Überlegungen zu hören und in meine Arbeit einfließen lassen.



\*\*\*\*\*

## Termine und Veranstaltungen

\*\*\*\*\*

### Sommorgespräche

Sie treffen mich auf Plätzen und Märkten mit meinem Infostand. Außerdem werde ich Verbände, Organisationen und Initiativen im meinem Wahlkreis besuchen, um mich vor Ort über die Arbeit zu informieren.

**Jeweils von 10 bis 12 Uhr (außer bei Regen und Unwetter!):**

Mittwoch, den 10.08.2011, Karl-August-Platz  
Donnerstag, den 11.08.2011, Hermann-Ehlers-Platz  
Montag, den 15.08.2011, Charlottenbrunner Straße  
Dienstag, den 16.08.2011, Nestorstraße  
Freitag, den 19.08.2011, Preußenallee  
Donnerstag, den 25.08.2011, Mainzer Straße  
Freitag, den 26.08.2011, Prager Platz

### „Die Berliner Mauer“ – Gesprächsrunde mit Egon Bahr zum 50. Jahrestages des Mauerbaus

Seit dem 11. Juli 2011 zeige ich in meinem Wahlkreisbüro die Ausstellung „Die Berliner Mauer“. Anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus möchte ich Sie am Mittwoch, dem 17. August 2011, von 16 bis 18 Uhr, zu einer Gesprächsrunde mit Egon Bahr in die Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin, einladen.

Der ehemalige Bundesminister Egon Bahr ist vielen als Vordenker und Architekt der Ost-, Entspannungs- und Friedenspolitik Willy Brandts bekannt. Der Bau der Berliner Mauer war ein tiefer Einschnitt, vor allem für uns Berlinerinnen und Berliner. Egon Bahr verstand den Mauerbau als ein Zeichen für das Scheitern der Konfrontationspolitik. Sein Ziel war es, wenn die Mauer schon nicht wegzubekommen sei, sie zumindest durchlässiger zu machen. Über seine Erfahrungen aus der Zeit der Berliner Mauer – angefangen bei den Ereignissen des 13. August 1961 bis hin zu den ersten Erfolgen des „Wandels durch Annäherung“ berichtet Egon Bahr. Ich freue mich auf einen Erfahrungsaustausch mit ihm und Ihnen!

**Bitte melden Sie sich an per E-Mail an [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de) oder telefonisch unter 227 77262.**

## Bürgersprechstunde

Meine nächsten Bürgersprechstunden finden statt:

- Donnerstag, 25. August 2011, 15.00 bis 17.00 Uhr, Wahlkreisbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin-Charlottenburg

Anmeldung erforderlich unter Telefon: 313 88 82 oder per E-Mail an [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de).